

## **BURKHARD BALZ**

Mitglied des Europäischen Parlamentes

---

23. August 2010

Rede zum Talk am Abend des CDU-Kreisverbandes Oldenburg-Land

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Minister,

lieber Ansgar Focke,

lieber Herr Steinkamp,

liebe Parteifreunde,

ich freue mich heute - bei der Premiere von "Talk am Abend" - dabei zu sein und danke Dir, Ansgar, für die freundliche Einladung. Die Themenwahl hätte nicht besser sein können. Die Berichterstattung rund um die Euro-Stabilität hinterlässt bei uns allen ein mulmiges Gefühl... In den vergangenen Wochen und Monaten - im Zuge der Griechenland- und Eurokrise - konnten wir erleben, dass viele Bürger die Europäische Union nicht mehr nur als supranationalen Staatenverbund, sondern zunehmend als Schicksalsgemeinschaft wahrnehmen.

Mit Einführung der Gemeinschaftswährung benutzen wir Europäer nicht nur dasselbe Geld, auch muss jeder beteiligte Staat seine Schulden mit Geld bezahlen, das er - vereinfacht gesagt - nicht mehr selbst herstellen kann. Die Europäische Währungsunion hatte unweigerlich den Verzicht auf eine souveräne Geldpolitik zur Folge, die Notenpressen der Zentralbanken wurden stillgelegt. Eine national bestimmte Inflation, die die eigene Währung temporär abwertet und so Schuldenberge dezimiert, ist damit für Geldpolitiker in der Euro-Zone keine Option mehr.

Das Stabilitätsversprechen in der europäischen Währungsverfassung, das vor allem die Ängste deutscher Bürger vor dem Verlust der D-Mark beruhigen sollte, hat sich in der Griechenlandkrise als höchst unvollkommen erwiesen.

Die krisenhafte Zuspitzung Anfang diesen Jahres haben Sie alle sicherlich noch in bester Erinnerung. Angesichts einer desaströsen Verschuldungsquote in Höhe von 125% des Bruttoinlandsprodukts wurden schnell Forderungen nach einem freiwilligen Austritt oder Ausschluss Griechenlands aus der

Eurozone laut. Die außerordentlich kreative Buchführung Athens hat dabei zusätzlich für Irritationen gesorgt.

Doch setzte sich nach und nach die Auffassung durch, dass ein allein gelassenes Griechenland nicht nur weitere Länder der Südschiene (wie Spanien, Portugal) in einen unkalkulierbaren Dominoeffekt hineinzieht, sondern auch das erst halbwegs sanierte europäische Bankensystem vor gewaltigen Risiken stellt. So führten zu diesem Zeitpunkt allein deutsche und französische Banken ca. 87 Mrd. Euro an griechischen Staatsanleihen in ihren Büchern.

Am Ende der Debatten stand ein Rettungspaket über bis zu 110 Mrd Euro, auf das sich die Euro-Länder und der Internationale Währungsfonds für drei Jahre verpflichtet haben. Im Moment prüfen die Kontrolleure der EU, der EZB und des IWF, ob Athen ausreichend Fortschritte vorweisen kann, die im September die Überweisung von weiteren 9 Mrd. Euro aus diesem Rettungspaket rechtfertigen.

Obwohl sich Griechenland einem umfassenden Maßnahmenkatalog und strikten Sparprogramm verpflichten musste, und sich bereits alle Beteiligten für eine tiefer greifende Reform des Euro-Systems stark machten, ließ sich das Vertrauen der Finanzmärkte nicht so leicht zurückgewinnen. Die Situation beruhigte sich erst, als man sich auf einen gigantischen Euro-Rettungsschirm in Höhe von bis zu 750 Mrd Euro geeinigt hatte.

Dieser auf drei Jahre befristete Schutzkokon soll der Eurozone nun etwas Zeit verschaffen, um sich neu zu orientieren und mit einem gestärkten Stabilitätskonzept Investoren weltweit auf's Neue von der wirtschaftlichen Attraktivität der Währungsunion zu überzeugen.

Doch tragen wir bereits einen schweren Ballast. Die Verbindlichkeiten der 27 EU-Staaten haben 8,7 Billionen Euro erreicht. Hinzu kommt die im Jahr 2010 geplante Nettokreditaufnahme in Höhe von 870 Milliarden Euro, nach 960 Milliarden im Vorjahr. Allein in der Deutschland wird Ende 2010 ein Schuldenstand in Höhe von rund 1.745 Mrd. Euro erwartet.

Der Euro ist ohne Zweifel ein wesentliches Element der europäischen Integration, eine Währung, die uns in den vergangenen Jahren weltweit viel Anerkennung eingebracht hat.

Der Euro wird aber erst dann wieder zu alter Stärke zurückfinden, wenn es gelingt, in Zukunft mehr fiskalische Disziplin durchzusetzen.

Wie soll es nun weitergehen? Bis zum Auslaufen des Rettungspaketes müssen wir ein tragfähiges Konzept entwickeln, ein Konzept, das nicht nur auf einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners fußt. Meiner Auffassung nach sollte man nicht nur über schärfere Schuldenschränken nachdenken, sondern auch ein Insolvenzverfahren für Staaten ernsthaft in Betracht ziehen. Der künftige Krisenmechanismus muss hohen Maßstäben genügen, damit die Mitgliedsstaaten das europäische Solidaritätsnetz nicht für ihren eigenen Vorteil missbrauchen. Dies wird nicht ohne Einführung quasi-automatischer Sanktionen und nicht ohne Beweislastumkehr im Defizitverfahren gehen.

Den verantwortlichen europäischen Institutionen muss die politische Macht gegeben werden, um die entsprechende Nachhaltigkeit und Glaubwürdigkeit zu signalisieren. Gemeinschaftshilfen müssen wieder hinter der Gläubigerhaftung zurückstehen.

Bislang sind die Sanktionen, die verschuldeten Euroländern im EU-Defizitverfahren drohen, lediglich Kann-Bestimmungen. Kein Sanktionsschritt erfolgt automatisch. Alle Beschlüsse unterliegen als Einzelfallentscheidungen dem Ministerrat und damit den Mitgliedsstaaten. Leider sind die politischen Entscheidungsträger in der Vergangenheit in vielen Fällen nicht den vertraglichen Bestimmungen gefolgt, sondern haben die Bestimmungen ihren politischen Prioritäten angepasst.

Auch wenn wir nun von einer groß angelegten Reparatur am Stabilitätspakt sprechen, ist zu befürchten, dass die alten Verhaltensmuster nicht ganz beseitigt werden.

Bei den Reformanstrengungen wird das Europäische Parlament ebenfalls seinen Einfluss geltend machen. So drängen die Europaabgeordneten die Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitische Steuerung", die der Europäische Rat unter der Leitung Herman van Rompuys gegründet hat, zu konkreten Ergebnissen. Spätestens im September sollen die Mitgliedsstaaten Farbe bekennen und gemeinsame Vorschläge für die künftige Krisenprävention und für die Stärkung der Haushaltsüberwachung unterbreiten.

Darüber hinaus hat das Europaparlament bereits eine Stellungnahme zur Datenqualität bei Defizitverfahren abgegeben, die darauf abzielt, mathematische Kreativität unter keinen Umständen länger zu belohnen. In der abschließenden Straßburg-Sitzung vor der Sommerpause haben wir Abgeordnete zudem einen Entschließungsantrag zum Euro-Rettungsschirm verabschiedet, der die Europäische Kommission zu einer Auswirkungsstudie auffordert. Darüber hinaus lässt das Parlament innovative Finanzierungsinstrumente, wie z.B. Eurobonds, von Kommissionsdienststellen auf ihre Machbarkeit prüfen.

Auch die Europäische Zentralbank hat mehr Kompetenzen für EU-Organe bei der Haushaltsüberwachung gefordert.

Man sprach davon, dass ein Gremium der EU-Finanzminister die Haushaltspläne der Mitgliedsstaaten vor deren Verabschiedung durch die nationalen Parlamente detailliert analysiert und Empfehlungen abgibt. Doch ist hier Kritik angebracht: Das natürliche Haushaltsvorrecht der nationalen Parlamente muss respektiert werden und darf selbst bei Einbindung des Europaparlaments nicht beschnitten werden.

Immerhin - alle aktuellen Vorschläge laufen auf eine effektivere Koordinierung der Fiskalpolitik und der makroökonomischen Überwachung hinaus. Gegner der Konsolidierungspläne führen gerne ins Feld, dass deutliche Etatkürzungen und Steuererhöhungen den zarten Wirtschaftsaufschwung abwürgen oder sogar eine Rezession initiieren könnten. „Kaputtsparen“ ist hierzulande ein gängiger Slogan.

Eine zunehmende Staatsverschuldung hilft aber nicht weiter, wenn die Finanzmärkte gerade diese als Problem ansehen, denn auch Staaten müssen sich an den Kapitalmärkten refinanzieren. Allein für die Tragfähigkeit unseres Sozialsystems ist ein hohes Maß an Haushaltsdisziplin unabdingbar. Dies gilt um so mehr, wenn wir die demografische Entwicklung als einschränkenden Faktor des Generationenvertrags noch in Betracht ziehen. Natürlich bleibt offen, ob die aktuellen Vorschläge den Euro künftig auch für unruhigere Gewässer seetüchtig machen. Die Aussichten sind jedoch gut, sofern die zentralen Inhalte der jüngsten Vorschläge umgesetzt werden. Auch könnte die im deutschen Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ die normative Basis für eine Anpassung der höchst unterschiedlichen Budgetregeln in Europa bilden.

Ich bin zuversichtlich, dass die Signale für einen Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik durch die Märkte honoriert werden. Die aktuelle Reform der europäischen Finanzmarktarchitektur wird ebenfalls ihren Teil dazu beitragen. Anfang nächsten Jahres nehmen die neuen europäischen Aufsichtsbehörden ihre Arbeit auf. Neben der Bank-, der Versicherungs- und der Wertpapieraufsichtsbehörde wird es auch einen Europäischen Rat für Systemrisiken geben, der vor makroökonomischen Ungleichgewichten - auch in der Haushalts- und Währungspolitik - warnt und Handlungsempfehlungen abgibt.

Ein gestärktes Europa mit einem erneuerten Stabilitätspakt und klaren Verantwortlichkeiten ist in unser aller Interesse und wird sich letzten Endes auch in einer positiven Einschätzung des Euros an

den internationalen Finanzmärkten widerspiegeln - vor allem, wenn ersichtlich ist, dass wir die richtigen Lehren aus der Krise gezogen haben.

Der Steuerzahler muss die Gewissheit erlangen, dass durch eine solide Finanzpolitik und ein neues europäisches Regelwerk „griechische Verhältnisse“ undenkbar werden. Die Hilfe zur Selbsthilfe darf sich nicht zu einer europäischen Dauereinrichtung entwickeln. Auch muss sichergestellt werden, dass „die Baustelle Schuldenproblematik“ nicht dauerhaft den Weg zu den nötigen Zukunftsinvestitionen versperrt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine spannende Diskussionsrunde.